

- > Visa
- > Paßentzug | Paßversagung
- > Heiraten | Lebenshilfe
- > Heiraten im Ausland
- > Rechtsberatungen
- > Übersetzungen
- > and more ...

Büro Gattermann

วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 – THAILAND -
☎ 0066 – 930817923 📠 0861 – 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

TELEFAX

Fax-Nr.: 030 – 18681 - 2926

Herrn

Wolfgang Schäuble

c/o Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140

TH – Seka, den 20.02.2009

FRoG – 10557 Berlin

Unser Zeichen: จตุพร จิระสฤติย์

Offener Brief an Wolfgang Schäuble aus Thailand

Sehr geehrter Herr Schäuble!

Wie gewiß auch Ihre tägliche Morgenlektüre „*Politically Incorrect*“ jetzt zu melden wußte, strahlte Staatssender Phoenix am 08. d. M. eine Kaminrunde aus, in der Sie „einmal mehr über die Schönheit des Islam doziert“ haben sollen: „Muslime sind für uns alles andere als eine Bedrohung, sie sind eine Bereicherung, machen unsere Ordnung vielfältiger, sie sind erwünscht und gewollt.“

Ich, der ich mich – wie übrigens die Mehrheit meiner Landsleute – stets gegen eine solche Bereicherung gewandt habe, hatte nicht die Gelegenheit, Ihr gemütliches Beisammensein mit Elmar Thevesen vollständig zu genießen, da ich es schon vor mehr als sechs Jahren vorzog, mit meiner thailändischen Frau vor soviel Bereicherung in deren Heimat zu flüchten. Daher beschränkt sich meine Replik an Sie auf die Interview-Passagen ab der 54 bis zur 58 Minute, die *PI* freundlicherweise abdruckte. Sollten also Teile davon nicht stimmen, lassen Sie mich das bitte wissen. Denn im Gegensatz zu Ihnen, der als bundesdeutscher Innenminister und gelernter Jurist – wie etwa im Falle von „Fitna“ von Geert Wilders – sich trotz Unkenntnis ein Urteil über den Film erlaubte, äußere ich mich nur zu Dingen, von denen ich Kenntnis habe. Das müssen Sie aushalten.

Soweit Sie auf einen deutschen Islam warten, werden Sie – was Sie aber selbst wissen – lange warten. Denn das, was Sie gebetsmühlenartig wieder und wieder herunterleiern und womit die

Zuschauer ständig genervt oder hinter das Licht geführt werden, hieße, daß der Islam nicht mehr der Islam wäre: Es gibt zwar moderate Muslime, aber keinen moderaten Islam. Und das, was Sie sich im Zuge der – wie Sie es nennen – „Religionsfreiheit“ wünschen (Gleichheit von Mann und Frau, Teilnahme an Klassenausflügen oder am Sportunterricht) sollte nach unserem Grundgesetz (wieder so eine Schaumschlägerei: „Verfassung“) eigentlich seit dem ersten Tag, da Mohammedaner in unser Land kamen, Selbstverständlichkeit sein. Denn die „Bekenntnisfreiheit“, nur davon ist in Art. 4 GG, unter Juristen auch als „Wohllollensgebot“ bekannt, die Rede. Art. 4 GG steht unter dem Vorbehalt etwa des Art. 136 WRV, der schon in seinem ersten Absatz klarstellt, daß bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte und Pflichten durch die Ausübung der Religion weder bedingt noch beschränkt werden. Und Schulpflicht ist für junge Menschen eine Pflicht, die im Übrigen voraussetzt, daß alle Schüler sich an Klassenfahrten und Sportunterricht (hier spricht man auch von Körperertüchtigung) beteiligen, am Sexualkundeunterricht sowieso. Ein Verstoß dagegen, noch dazu zugunsten von Ausländern, ist Diskriminierung der Staatsbürger, für die das Grundgesetz übrigens zuförderst geschaffen wurde.

Genau der Umstand aber, daß der Islam (in Form des Korans) schon die oben beschriebenen Kleinigkeiten – wohl bemerkt, in unserem Land und in unserer Rechtsordnung und in unserer Kultur nicht heimisch werden, schon gar keine Bereicherung darstellt, kann nur in Täuschungsabsicht als unbedrohlich dargestellt werden. Den Islam angesichts der Studie des Berlin-Instituts als Bereicherung zu betrachten – schlicht „Fitna“!

Warum Sie so dozieren, wird dem Leser spätestens hier klar:

„Also, erstens einmal, ich hab mit Giordano lange geredet und am Schluß hat er mir gesagt, Sie haben natürlich recht, es gibt gar keine Alternative... Hilft uns ja nichts, wir müssen versuchen auf Integration, auf friedliches Zusammenleben zu setzen.“

Sie haben mit Ralph Giordano über den Ausweg gesprochen, den wir Deutschen, das Volk, der Souverän, gehen wollen, ja, den zu gehen sogar der Papst im Februar 2006 forderte:

*„Der (italienische) Minister für institutionelle Reformen im Berlusconi-Kabinett, Roberto Calderoli, müsse sich wie sein Vorgänger im 16. und 17. Jahrhundert, gegen die Bedrohung durch den Islam an die Spitze der christlichen Welt schwingen“. Wie damals, als die Türken vor Wien standen, sei es Zeit, „Gegenmaßnahmen zu ergreifen“ („**Flucht ins Geschwafel**“, Spiegel Nr. 7 v. 13.02.2006, S. 101).*

Das bedeutet: Wer sich nicht integriert, keinen Schulabschluß und Beruf nachweisen, nicht selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann oder will, unsere Rechtsordnung nicht vorbehaltlos anerkennt, kriminell ist – raus, aber schnell. Sicherlich haben Sie ihn auf die demographische Entwicklung der Schätzchen hingewiesen, den erforderlichen Aufwand und Widerstand aus dem Ausland – speziell der Türkei und den arabischen Staaten. Sicherlich ist das alles nicht von der Hand zu weisen, aber es ist nicht der wahre Grund, warum man weiter Märchen erzählt und den Karren vor die Wand knallen läßt. Der hat seinen Ursprung nämlich schon in der Adenauer-Ära.

An einem durch eine Säule verdeckten Nebentisch saß einst der ehemalige *SPIEGEL*-Redakteur Lothar Rühl im Foyer eines Londoner Hotels und notierte Adenauers an den Luxemburgischen Ministerpräsidenten Joseph Bech und den belgischen Außenminister gerichteten Worte:

„Wenn ich einmal nicht mehr da bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll. Glauben Sie mir, die Gefahr des deutschen Nationalismus ist viel größer, als man denkt“ (Spiegel Nr. 48 v. 28.11.2005, S. 59).

Diese Sicht bestimmte die Politik der CDU bis in die Zeit seiner Enkel, wie etwa den Herrn der „jüdischen Vermächtnisse“ und seiner Nachfolger. Ungeniert konkretisierte das parteiübergreifende Ziel Joseph Fischer, gelernter Taxi-Fahrer und späterer Außenminister der Republik:

„Deutschland muß von außen eingehegt, und innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi ‚verdünnt‘ werden“ (Zusammenfassung des Buchs des Joseph Fischer **„Risiko Deutschland“**, 1994).

Sogar einen Schritt weiter gehen Sie im „Kamin-Gespräch“, indem Sie nun sogar unsere Rechtsordnung „verdünnen“ wollen: Muslime sind für uns alles andere als eine Bedrohung, sie sind eine Bereicherung, machen unsere Ordnung vielfältiger, sie sind erwünscht und gewollt.“

Eingeengt wird unser Land von der EUdSSR ohnehin, nicht zuletzt dank dem Euro, wohin Milliarden deutscher Steuergelder abfließen. Eine weitere Einengung ist mit dem 1995 klammerheimlich geschlossenen Mediteran-Vertrag geplant, desweiteren mit dem sogenannten EU-Verfassungsvertrag. Wer immer gegen die Abschaffung unserer Nation und ihres Volkes Widerspruch erhebt, sieht sich konfrontiert mit den Methoden der NS-Propaganda. Leider kann man diese schreckliche Analogie nicht einfach bei Seite lassen, schließlich sind wir das Volk, das sich immer wieder die Frage vorlegt: Wie konnte das passieren?

Es ist die alte Sündenbock-Methode. Einwanderungs- und Integrationsdebatten, die übereilte Osterweiterung der EU, schließlich der Beitritt der Türkei zur selbigen – es sind der Diskussionen viele die dies an das Licht bringen – immer wieder zeigt sich, wie schnell die pluralistische Toleranz-Rhetorik umkippen kann in jakobinischen Gesinnungsterror. Da helfen keine Argumente, Loyalitätserklärungen zum Grundgesetz und zum europäischen Recht oder Traditionen, wie etwa der Meinungsfreiheit. Allein die Gesinnung zählt.

Um die Heterogenisierung zu erreichen, schloß die CDU-geführte Bundesrepublik Verträge mit Fremdstaaten, wonach deren Angehörige als Wanderarbeiter für einige Jahre in Deutschland arbeiten sollten. Begründet wurde diese „Einladung“ offiziell damit, daß ein Arbeitskräftemangel zu verhindern sei. Spätestens seit Heike Knortz vergangenes Jahr ihr Buch mit dem Titel „Politische Tauschgeschäfte. ‚Gastarbeiter‘ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973“ (Böhlau-Verlag, Köln **2008**) veröffentlichte, ist offenkundig, daß das deutsche Volk wieder belogen wurde. Kein Mensch hat je Gastarbeiter gebraucht, denn es warteten sehr viele Deutsche aus den besetzten Ostgebieten vergeblich darauf, in ihre junge Republik zu kommen. Aber sie hielt man unter Hinweis auf Art. 11 II. GG außer Landes und holte statt ihrer Fremde (aus „Siegerstaaten“) ins Land.

Von den Gesetzesvorbehalten in Sachen Freizügigkeit für Deutsche ist Gebrauch gemacht worden. Der hier zu nennende klassische Fall ist das „Gesetz zur Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ vom 22.08.1950 (BGBl. **1950**, 367). Dieses Gesetz befaßte sich mit der Regulierung des damals sehr starken Flüchtlingsstromes aus der sowjetischen Besatzungszone und dem sowjetischen Sektor von Berlin. Es schränkte die Freizügigkeit dieser Deutschen in mehrfacher Hinsicht empfindlich ein. Zum einen wurde generell der Zuzug „in die“ Bundesrepublik grundsätzlich verboten und von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt).

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat diese Regelung für grundgesetzkonform erklärt (BVerfGE **2**, 266 = NJW **1953**, 1057). Insbesondere hat es betont, die Freizügigkeit könne im Einzelfall auch dann eingeschränkt werden, wenn eine ausreichende Lebensgrundlage des rückkehrwilligen Deutschen nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Las-

ten entstehen würden. Der Umstand, daß ein Sowjetzonenflüchtling der Fürsorge (später Sozialhilfe) zur Last gefallen wäre, hätte nach diesem Recht (in der Regel nicht nach dem Notaufnahmegesetz) ausgereicht, ihm selbst dann den Daueraufenthalt in der Bundesrepublik zu versagen, und zwar selbst dann, wenn er in der Sowjetzone politisch verfolgt war.

Damit, Deutsche ihrem Land fernzuhalten und stattdessen Ausländer unter falschem Etikett einzuschleusen, war es aber nicht getan. Die offiziell für eine begrenzte Zeit bleibenden Ausländer mußten zur Erreichung der Heterogenisierung und Ausdünnung der deutschen Gesellschaft vielmehr dauerhaft bleiben. Nicht nur das zu gewährleisten hatte der Gesetzgeber 1965 vorgesorgt, sondern sogar dafür, daß ihre Familien nachziehen und sich rundumfinanziert vergrößern können. Denn schon bald nach der Verkündung des Ausländergesetzes **1965** hatte die Konferenz der Länder-Innenminister am 3. und 4. Juni neue „Grundsätze der Ausländerpolitik“ verkündet, die sich *dem neuen Ausländergesetz zuwider* mit dem Nachzug von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer befaßten. Nach diesen Grundsätzen sollte die Erlaubnis für den Nachzug zu einem im Bundesgebiet verweilenden Arbeitnehmer aus einem Anwerbestaat allein von dessen einjährigen Inlandsaufenthalt nebst genügend Wohnraum abhängig gemacht werden. Weitere Zuzugsbeschränkungen sahen diese Grundsätze – anders als das durch die Innenminister-Konferenz ausgehebelte Ausländergesetz (AuslG) – nicht vor (BVerfGE **76**, 1).

Ausgerechnet **1974**, nachdem ein Ende 1973 von der sozial-liberalen Koalition erlassener Anwerbestopp Ausländern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verwehrte, trieben stattdessen Familienzusammenführung und exorbitante Geburtenquoten bei „Gastarbeitern“ Blüten. Auf Niedersachsen bezogen, das seinerzeit angeblich nur wenige Ausländer hatte, stellte die CDU-Landesregierung **1980** folgendes fest:

*Die breite Basis der Pyramide zeigt die – im Vergleich zur deutschen Bevölkerung – relativ große nachwachsende Kinderzahl... Bei den Kindern und Jugendlichen waren die relativen Altersunterschiede ebenfalls beachtlich. Insbesondere der Anteil der noch nicht schulpflichtigen Kinder (unter 6 Jahren) lag bei den Ausländern mit fast 10 v. H. wesentlich höher als bei der einheimischen Bevölkerung, die nur einen Anteilswert von unter 6 v. H. aufwies. **Besonders ausgeprägt war der Anteil der unter 6-jährigen Kinder bei den Türken mit gut 14 v. H. Insgesamt befanden sich fast 43 v. H. der in Niedersachsen lebenden Türken im Alter von unter 18 Jahren...** Auch der Familienstand der hier lebenden Ausländer läßt deutlich erkennen, daß die Familienzusammenführungen in den letzten Jahren zugenommen haben. Während im September 1973 auf 100 verheiratete Männer 60 verheiratete Frauen kamen, waren es im September 1980 bereits 85. Ehen zwischen Deutschen und Ausländern spielen bei dieser Entwicklung eine untergeordnete Rolle... Die Ausländergeburten stiegen Anfang der 70er Jahre deutlich an, gingen jedoch seit Mitte der 70er Jahre wieder merklich zurück... Die höchste ausländische Geburtenzahl von 7.200 wurde 1974 ermittelt. Damit hatte sich der Ausländeranteil bei den Lebendgeborenen auf gut 9 v. H. erhöht... Das Geburtenniveau der Ausländer ist je nach Nationalität sehr unterschiedlich. Im Jahre 1979 brachten 1.000 ausländische Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren 69 Kinder zur Welt. Der Vergleichswert der deutschen Frauen lag bei 44. **Von den ausländischen Frauen wiesen die Türken mit 107 die höchste Kinderzahl bezogen auf 1.000 der 15 bis unter 45jährigen auf...** Da die Türken das stärkste Ausländerkontingent stellten und außerdem die höchste Geburtenhäufigkeit auswiesen, hatten 1979 über die Hälfte (52 v. H.) der ausländischen Kinder türkische Eltern („**Bericht über die Lage der Ausländer in Niedersachsen**“, herausgegeben vom Niedersächsischen Sozialminister im Mai **1981**, S. 17 ff.).*

Zur „Verdünnung“ der deutschen Gesellschaft wurden flankierend zu dieser Einwanderungspolitik Ehe und Familie madig gemacht. Man forderte beide deutschen Partner unter dem Etikett der sog. Emanzipation auf, zu arbeiten. Für Kinder hatte keiner mehr Zeit, „Nur-Hausfrauen“ wurden von oben herab angesehen. Sie galten als unproduktiv. Mehr noch: Vermittels „Gender Mainstreaming“ propagandiert man das sexuelle Jeder mit Jedem, daß Homosexualität und damit einhergehende Kinderlosigkeit dem traditionellen Familienbild gleichwertig, wenn nicht gar höherwertig seien. So wurde die deutsche Familie, Keimzelle der Gesellschaft, Stück für Stück diskreditiert und abgebaut, die demographische Verdünnung betrieben.

Selbst dort wo es noch Familien mit Kindern gab, wurde – wie schon unter den Nationalsozialisten – die innerfamiliäre Solidarität torpediert. Die Bücher der Nationalsozialistin Johanna Haarer – wehret den Anfängen, Kampf gegen Rechts? – „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“, erstmals 1934 erschienen und mehr als eine halbe Million Mal verkauft, sowie „Unsere kleinen Kinder“ waren von zwei Gedanken geprägt: die physische Trennung von Mutter und Kind und die emotionale Distanz. Trotz allem wurden Haarers Bücher seit den fünfziger Jahren in zahlreichen Neuauflagen mit insgesamt 1,2 Millionen Stück über den Ladentisch geschoben, die letzte Auflage erschien 1987. Sie prägten Mütter bis in unsere Tage hinein.

In den siebziger Jahren wurde vollzogen, was Marx und Engels in ihrem Manifest der Kommunistischen Partei ausgerufen hatten:

Aufhebung der Familie! Wir heben die vertrautesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen. Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral...

Die Kindererziehung durch die Gesellschaft wird von der Regierung, deren Mitglied Sie sind, gerade vorbereitet. Wie die neomarxistischen Linken wollen Sie die Familie bekämpfen, weil die Eltern dort das traditionelle religiöse und „bürgerliche“ Bewußtsein an ihre Kinder weitergeben – und das steht im Fadenkreuz des Kampfes gegen Rechts, verschlingt Millionen Euro Jahr für Jahr.

Der Kampf gegen Rechts beginnt also in der deutschen Familie! Deswegen ist staatliche Sexual-Erziehung keineswegs eine harmlose, wertneutrale Aufklärung über biologische Vorgänge:

„Sie ist höchst politisch, indem sie bewußt hinzielt auf Zerstörung der traditionellen Wertordnung. Sie ist das wirksamste Mittel zur gewünschten Abschaffung von Ehe und Familie, von Religion und Moral, zur Schwächung des Leistungswillens und zur Dezimierung des Nachwuchses! Die Sexualerziehung ist außerdem systematisch betriebener Kulturverfall, Dekadenz. Sie ist im höchsten Grade destruktiv“ (Auszüge von Johannes Lerle, „Christliche Schriften gegen den Zeitgeist – Die Hintergründe der staatlichen „Sexualerziehung““).

Und so treffen nun, ganz wie Adenauer, Fischer, Schäuble und viele mehr (vor allem in der SPD) wünschen, Gruppen, Interessengruppen in Deutschland aufeinander. Männer, Frauen, Ausländer, Deutsche, Hetero- und Homosexuelle, Christen, Mohammedaner usw. Natürliche Bindungen wie Familie, Schule, Gemeinde, Land oder Nation wurden verbissen als nationalistisches Gedankengut disqualifiziert. Man entblödete sich gar so weit, Schuluniformen mit nationalsozialistischem Militarismus gleichzusetzen. Interessant und grotesk – gerade deswegen entlarvend – an dieser Entwicklung ist, daß sie genau diametral zu dem verläuft, was die UN gegenwärtig in Afghanistan und dem Irak versuchen: State Building! Die Bildung von afghanischen und irakischen Staaten, Nationen. Von dieser Klammer sollen die unterschiedlichen, miteinander verfeindeten Gruppen und Clans umfaßt, vereinigt werden.

In seinem Kommentar zum Antidiskriminierungsgesetz zitierte Stefan Dietrich am 12.05.2006 unter der Überschrift „**Vorwärts ins Mittelalter**“ in der FAZ Verfassungsrichter Udo di Fabio wie folgt:

Auf dem Weg zum Antidiskriminierungsgesetz habe sich der Gesetzgeber „vom einzelnen allgemein gedachten Bürger entfernt“ und die Gesellschaft in eine Gesamtheit aus Gruppen und Interessenverbänden eingeteilt, denen die Politik nun Gruppenrechte zuweisen könne. Am Ende dieses Weges öffneten sich womöglich „die Tore zu einem neuen Mittelalter, in dem nicht der Mensch als Individuum, sondern die harmonische Ordnung der Gruppen untereinander das Leitbild ist“. Diese Gefahr sollte zumindest in Betracht ziehen, wer meint, durch immer mehr staatliche Zuteilung von Rechten einem gesellschaftlichen Ideal von Freiheit und Gleichheit näher zu kommen.“

Die FAZ vom 30.12.2006 veröffentlichte in ihrer Rubrik „Stimmen der Anderen“ unter der Überschrift „Gefährliche Einmischung von außen“ einen Beitrag der Moskauer Tageszeitung „Kommersant“, der uns einen Einblick in das gibt, was geschieht, was das Mittelalter bewirken wird:

Es gibt Gesellschaften, die man traditionell zu nennen pflegt, deren innere Ordnung auf einem komplizierten und von außen nicht immer verständlichen Interessenausgleich zwischen Clans und Stämmen beruht. Jede äußere Einmischung, und sei sie noch so gut gemeint, führt dort unweigerlich zum Chaos. Die besten Beispiele dafür sind Afghanistan und Somalia... und Schuld daran (daß sich durch Intervention nichts ändert) sind nicht die Fehler oder böse Absicht – das ist einfach das Gesetz von Stammesgesellschaften.

Dann kann die deutsche Politik – erste Schritte in diese Richtung werden bekanntlich bereits im „Dialog der Religionen“ gegangen – den „Rat der Weißbärtigen“ befragen, der in diesem Umfeld eine Autorität ist. Er schlichtet die in diesem Milieu üblichen Blutfehden, berät oder ermahnt dann den Kanzler und wacht über die Sitten und Gebräuche. Mißgunst und Neid sind weit verbreitet. Ein paschtunisches Sprichwort lautet: Wenn drei Afghanen sich einig sind, dann sind zwei davon sicher keine Afghanen. Anders ausgedrückt: Wenn drei Mohammedaner sich einig sind, dann sind zwei sicher keine Mohammedaner.

Das wirkt sich um so übler für die authochthone Noch-Mehrheitsgesellschaft aus, als ihr eingewanderter Widerpart sich nicht wie es aufgrund schlechter Bildung, Rückständigkeit, Unterschichtshintergrund usw. gut anstünde moderat gibt, sondern eine eigene Sicht pflegt, die wir vom Faschismus kennen: Extremer Nationalismus und islam-ideologisch bedingtes Herrenmenschendenken. Den Respekt, den sie von ihrer Wirtsgesellschaft einfordern, erbringen sie nicht im Traum, denn sie haben gelernt, daß sie die „Bereicherung“ seien, der Einheimische der böse Rechtsradikale, Fremdenhasser und Nazi.

Wenn sie noch etwas gelernt haben, dann das: Deutsche Kultur und Geschichte begannen 1933 und endeten im April 1945. Wiederaufbau und Wirtschaftswunder war ihr Werk, wie sie auch für die Deutschen die künftigen Renten erarbeiten müssen. Alles was uns Deutschen mit Stolz auf die eigene Leistung erfüllen konnte, wurde systematisch genommen: Etwa die D-Mark, die härteste Währung der Welt und Garant unseres Wohlstands, mußten wir eintauschen gegen den Euro, vor dem schon 1988 der damalige Bundesbankpräsident Pöhl warnte:

„Die Einführung einer europäischen Währung ist nur vergleichbar mit der Währungsreform 1948“. Pöhl bezweifelte, daß die Deutschen bereit seien, sich noch einmal auf ein

solches Risiko einzulassen (eine dramatische Warnung nachzulesen im Spiegel Nr. 26/1988),

und Markus Lusser, der damalige Notenbankchef der Schweiz, hatte sich öffentlich darüber gewundert, daß die Regierung Kohl die Deutschen über die enormen Folgekosten der Währungsunion im Unklaren läßt:

Es stimmt wirklich: die Mark ist unser Wohlstand, mit der Mark wird auch der Wohlstand zerstört.

Dazu der „große Europäer“ Delors nach Abschluß des Maastricht-Vertrages:

Ich habe immer für die Abschaffung der D-Mark gekämpft. Sie ist das letzte Machtmittel der Deutschen.

Und der „Figaro“ schrieb:

„Maastricht ist ein Versailles ohne Krieg.“

Jetzt beten Sie weiter schön, was seit mehr als 40 Jahren schöngebetet wird und wovon jeder weiß, daß es nicht eintreten wird: Jetzt Integration! Um uns Deutschen noch einmal für die nächsten vier Jahre um unsere Stimme zu prellen, betteln Sie um eine weitere Legislatur, um in vier Jahren hinzubekommen, was in fast 50 Jahren nicht gelang: Die Integration des Islam in Deutschland.

Die Wirklichkeit kennen wir alle, Bundesinnenministerium und Bundesregierung mit Sicherheit sogar besser als ich – das macht Ihre Märchenstunde am Kamin umso verwerflicher: Es sind die türkischen Verbände mit Leuten wie Kenan Kolat-Goebbels, die jedesmal aufheulen, wenn es um Integration geht, die ihre Klientel bewußt und gewollt abschotten und die Kolonialisierung Deutschlands nicht schnell genug vorantreiben können. Wann immer von Integration geredet wird, an deren Scheitern ohnehin nur wir bösen Deutschen (die doch integriert sind), nie die eigene (zu integrierende) Klientel die Schuld trägt; geht dieses oder jenes nicht, ist das zu schlecht gemacht oder gleich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er schlägt gar die Tür zum Integrationsgipfel zu, der ohnehin reines Theater ist, denn die anderen Ausländer brauchen ihn nicht, auch vernehmen wir von ihnen zu der Thematik nichts. Die Türken um so lauter. Die meisten von ihnen hören von Geburt an von ihren Eltern, die wiederum von ihren Funktionären,

„wie schlimm, wie rassistisch die Deutschen sind. Die seien Schuld an der sozialen Misere der Einwanderer. Und sie seien auch Schuld am Verfall der Moral und Sitten unter den Einwanderern, weil die Deutschen so freizügig leben... Es wird Stimmung gemacht gegen die ‚deutschen Schweine‘“, so beschrieb es die Juristin Seyran Ates im „Spiegel“ vom 22.01.2009.

Mariam Lau berichtete in der „Welt“ vom 11.07.2007 eindrucksvoll über die Methoden des türkischen Funktionärs Kolat-Goebbels:

Wer dieser Tage die türkische Presse in Deutschland liest, könnte glauben, einen Bürgerkrieg verpaßt zu haben. Vom „ehrenhaften Widerstand der in Deutschland lebenden Türken“ berichtet „Hürriyet“, die liberale „Milliyet“ sieht bereits „Berlin in Schutt und Asche“ liegen, und das Massenblatt „Sabah“ schreibt von einer letzten Warnung an die Bundeskanzlerin, die heute zum Integrationsgipfel nach Berlin geladen hat. Anlaß der

Empörung ist das neue Zuwanderungsgesetz, in dem höhere Anforderungen an den Familiennachzug und zur Einbürgerung festgeschrieben werden. „Da werden gezielt Falschmeldungen in die Welt gesetzt“, erklärte die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU). Die „Behauptung beispielsweise, ein türkischer Sozialhilfeempfänger mit deutscher Staatsbürgerschaft würde anders behandelt als ein Deutscher, ist schlicht nicht wahr. Es stimmt auch nicht, daß nur Türken Sprachkenntnisse im Heimatland erwerben müssen.“

So bleiben meinen Landsleuten außerhalb der Rotwein-Gürtel die Sonderprobleme arabischer und türkischer Jugendlicher auch künftig erhalten. „Ein Problem übrigens“, wie Mariam Lau mitzuteilen weiß, „das sich in Istanbul mit den Zuwanderern aus Anatolien genauso abspielt wie in Kreuzberg.“ Oder, wovon ich aber wegen der „Ausdünnung“ meiner Landsleute und der Tatsache, daß Sie immer noch nicht genug Mohammedaner im Lande haben (ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Zweitaufgabe der „Gastarbeiter“-Lüge, wonach Sie 500.000 – wo erklären Sie nicht – dringend benötigte Gastarbeiter aus Afrika einschleppen wollen).

Auch unsere Rechtsordnung wurde zwischenzeitlich ungemein bereichert. Dank Einwanderung in unsere Sozialsysteme haben wir deutschen Hinterwäldler endlich erfahren dürfen, daß doch auch Zwangsehen etwas ganz praktisches sind. Wahrscheinlich in einem Anfall von kultureller Ignoranz beschloß man in der Berliner Plauderbude, dagegen einen speziellen Paragraphen in das Strafgesetzbuch zu übernehmen, der „Ehren“-Mord an Hatun Sürücü war Auslöser. Zum Glück fand man zur kulturellen Toleranz zurück und ließ die Sache in der Schublade verschwinden. Und auch „Ehren“-Morde, Ehre sowieso nicht, kannten wir vor der kulturellen Bereicherung nicht.

In Hamburg, dessen Gerichte offenbar noch viel in Sachen kultureller Toleranz zu lernen haben, machten ein „Ehren“-Mörder nebst Familie erst einmal deutlich, was die kulturelle Bereicherung unserer Rechtsordnung konkret bedeutet. Dann wollen wir mal nicht so spießig sein und das Leben als höchstes Rechtsgut betrachten, wie diese bornierten Richter in Hamburg, die doch glatt den Schwestern-Mörder Obeidi zu lebenslanger Haft verurteilten. Als er das Strafmaß erfuhr, belehrte er den Vorsitzenden zunächst einmal dahingehend, daß dieser ein „Hurensohn“ sei und er dessen Mutter „ficken“ wolle, denn in Afghanistan, woher das Schätzchen kommt, wäre es längst wieder auf freiem Fuße für eine solche „Kleinigkeit“. „Das ist keine Gerechtigkeit“, so die Mutter des Angeklagten. Entsprechend – wir hatten das schon oben im Zusammenhang mit Herrn Kolat-Goebbels – klärte uns die Familie auf, wer ungerecht ist:

„Weißt du, was ungerecht ist? Das scheiß deutsche Volk! ... „Fickt euch alle, ihr scheiß deutschen Nazis! Scheiß deutsche Hurensöhne“

sind wir Deutschen (und unsere Frauen sowieso alle „Huren“). Solche Bezeichnungen haben wir zuvörderst denen zu verdanken, die sich als unsere Volksvertreter ausgeben – Leute wie Ihnen, die immer dann, wenn das dumme Volk nicht nach ihrer Pfeife tanzt, den „Nazi“ um die Ohren gehauen bekommen.

Also wir sehen, wir sind lernfähig darin, unsere Rechtsordnung nach den Wünschen der Mohammedaner umzugestalten. Während man sich vor dem OLG Düsseldorf im Prozeß gegen den Sozialhilfeempfänger und selbsternannten „Kalifen von Köln“ noch belehren lassen mußte, unser Gesetz gelte nur soweit, wie es schariakompatibel sei und auch eine mohammedanergerechte Lösung fand, daß die gnädigen Herrschaften sich bloß nicht vor dem Gericht der „Ungläubigen“ erheben mußten wenn es den Saal betrat - erst setzte sich der Senat auf seine Plätze, dann wurden die Bärtigen mit windelumwickelten Köpfen nebst ihrer wandelnden Zelte ein-

gelassen, schön nach Geschlecht getrennt sitzend – sind wir heute dank der Obeidis einen Schritt weiter: Akten-Weitwurf bei der Urteilsverkündung.

Doch leben wir heute nicht mehr in der Zeit von 1933 bis 1945, die Technik, speziell Informationstechnik, hat sich rasant fortentwickelt. Das Internet bietet – unabhängig von einlullender Staatspropaganda – Information und Kommunikation. Und da kann es dann zu solchen peinlichen „Pannen“ wie „Fitna“, einem Film der das Problem Islam beim Namen nennt, kommen. Und schon reagiert die EUdSSR faschistisch in Reinkultur: Geert Wilders wird angeklagt und ihm, dem eingeladenen, demokratisch gewählten Abgeordneten, der Eintritt nach England verwehrt. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich gerade in Österreich ab: Die Meinungsfreiheit steht auf dem Spiel! Schöne Grüße auch von Adolf und Erich, Innenminister!

„Auf dem Großbankengipfel im Juni 1996 in Sydney“, so Arnulf Baring in seinem Buch „Scheitert Deutschland?“, „führte der Vorstandsvorsitzende einer japanischen Großbank aus: ihn erinnere die Art, wie seine deutschen Kollegen auf Fragen nach der Europäischen Währungsunion reagierten, an deutsche und japanische Militärs im Zweiten Weltkrieg. Sie hätten damals auch keine Fragen erlaubt und seien mit ihren Truppen, wider besseres Wissen, auf Befehl der Regierenden in den Abgrund marschiert.“

In genau diese Richtung geht es nun wieder: Die Staatsfinanzen sind ruiniert, das eigene Volk rennt davon, eine irrsinnige Einwanderungspolitik in die Sozialsysteme, dafür plündert man die eigenen, arbeitenden Bürger aus, ruiniert den Mittelstand – und erzählt uns ohne Fragen zu erlauben wie früher wider besseres Wissen das Märchen, alles sei im Lot. Wie damals: Auf dem sinkenden Boot.

Das haben unsere Großeltern und Eltern ausbaden müssen. Und darum nutzen wir die neuen Informationstechniken für unsere Ziele, den Erhalt des christlichen, westlichen Abendlandes mit seinen ehemaligen Werten, die übrigens der Obrigkeit, den Adenauers, Brandts, Kohls, Schröders, Merkels und Schäubles der Geschichte abgetrotzt werden mußten, oft genug unter Blutzoll. Uns wird keiner mehr fragen müssen, wie es dazu kommen konnte. Wir handeln hier und heute, bevor der selbst von den Spatzen der CIA von den Dächern gepfiffene Bürgerkrieg unser Land ein weiteres Mal in Schutt und Asche legt. Sie wissen selbst, daß er kommen wird, deswegen wollen Sie die Bundeswehr im Inland einsetzen.

Haben Sie mitbekommen, letzten Sonntag in Köln, als sich ein Bürgermeister, getarnt mit einer großen Mütze, Nazi, Nazi schreiend bei der DITIB, dem Feind im eigenen Lande, vor den eigenen Bürgern versteckte, die ihm einen Satz entgegenschleuderten, den ihre Kaste eigentlich von 1989 noch voll Schrecken im Ohr haben sollten: „Wir sind das Volk!“

Im September ist Wahltag. Ich fürchte und hoffe, für sie (damit meine ich alle selbsternannten „Volksparteien“) ist es Zahltag!

Mit freundlichen Grüßen


Uwe Gattermann